

Am 22. Februar kommt George W. Bush nach Europa und am 23. Februar nach Mainz. Mit dem von George W. Bush proklamierten „Kampf gegen den Terror“ wird weltweit und auch bei uns eine Entwicklung zu globalen Verdächtigungen und Gewalt forciert, die auch für das multikulturelle Zusammenleben bei uns in Frankfurt fatale Folgen hat. Wie in vielen anderen Städten Deutschlands rufen wir deshalb auch für Frankfurt auf zur:

Demonstration und Kundgebung

Not welcome Mr. Bush!

Für eine friedliche und soziale Welt!

am Dienstag, 22. Februar 2005 in Frankfurt a.M.

Auftaktkundgebung: 18 Uhr an der Hauptwache/Katharinenkirche
Demonstration zum amerikanischen Generalkonsulat
(Bockenheimer Landstraße/Siesmayerstraße)

Wir rufen weiterhin auf zur zentralen Demonstration und Kundgebung in Mainz am Mittwoch, 23.2.2005

- um 5 vor 12 Uhr in der Mainzer Innenstadt
- um 14 Uhr Zwischenkundgebung am Hauptbahnhof
- um 15.30 Uhr Abschlusskundgebung am Marktplatz

Aktuelle Infos unter: www.notwelcomebush.de

Wegen der unklaren Lage über die Zufahrtsmöglichkeiten nach Mainz (Sperrung der Autobahnen, ...) wollen wir uns bei der Frankfurter Aktion kurzfristig auf die Anreise (z. B. in Gruppen per S-Bahn nach Mainz zu fahren) verständigen.

Vorankündigung:

Das Frankfurter Bündnis gegen den Krieg ruft auch zum alljährlichen Ostermarsch in Frankfurt am Main auf.

Die zentrale Abschlusskundgebung findet am Ostermontag, 28. März 2005 statt.

Informationen: Ostermarschbüro,

c/o Frankfurter Gewerkschaftshaus,
Wilhelm-Leuschner-Str. 69 – 77, 60329 Frankfurt

Telefon: 069 – 242499.50, Fax 069 – 242499.51; E-Mail: Frieden-und-Zukunft@t-online.de

Auch Frieden kostet Geld.

Die Aktionen der Friedensbewegung werden durch Spenden finanziert.

Konto: Ostermarsch, Nr.: 2613655000

bei SEB-Frankfurt (BLZ 500 101 11) Sichwort: „Not welcome Mr. Bush!“



VisdP: Hans Christoph Stoodt – Frankfurter Bündnis gegen den Krieg

NOT WELCOME, MR. BUSH!

FÜR EINE FRIEDLICHE UND SOZIALE WELT!

Am 23. Februar wird der Repräsentant der US-Kriegspolitik Deutschland besuchen. Er will dabei die Zusammenarbeit im „Kampf gegen den Terror“ vertiefen. Aber der Krieg der USA gegen den Irak ist selbst terroristisch und Quelle immer neuer Gewalt. Menschenrechte, internationale Übereinkünfte und ökologische Verantwortung, all dies wird einem rücksichtslosen Gewinn- und Machtstreben im Rahmen der neoliberalen Globalisierung untergeordnet.

Mehr als 100.000 Menschen im Irak verloren in den letzten zwei Jahren bereits ihr Leben, in ihrer großen Mehrheit unbewaffnete ZivilistInnen. Dieser Krieg ist völkerrechtswidrig. Die Kriegsverbrechen der US-Streitkräfte in Afghanistan und Irak wie das Foltern von Gefangenen verletzen elementare Menschenrechte.

Wir fordern von der Bundesregierung, die Kriegsgefolgschaft zu verweigern!

Die deutsche Bundesregierung leistet beträchtliche Hilfe für den Kriegskurs der USA:

- durch die Nutzung der hier gelegenen Militärflughäfen, darunter Rhein/Main-Airbase, Ramstein und Spangdahlem;
- durch die Bewachung der US-Militäreinrichtungen;
- durch den Bundeswehreininsatz in Afghanistan und am Horn von Afrika; sowie
- durch die Ausbildungs- und Materialhilfe für irakische Truppen.

Die Bundesregierung hat bereits im Krieg gegen Jugoslawien das grundgesetzlich verbriefte Verbot des Angriffskrieges gebrochen. Sie betreibt planmäßig und in großem Umfang den Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionstruppe und gehört in der EU zu den treibenden Kräften der europäischen Militarisierung.

Wir fordern:

- Schluss mit der Militärgewalt gegen die Zivilbevölkerung im Irak!
- Beendigung der Besatzung; Selbstbestimmung der Bevölkerung im Irak!
- Bestrafung aller Verantwortlichen für Folter, Misshandlung von Gefangenen und Angriffe gegen Zivilisten!
- Schluss mit der Beteiligung von NATO, EU und Bundeswehr am Krieg im Nahen und Mittleren Osten! Keine militärische Intervention im Iran!

Um die drängenden Probleme der Menschen global friedlich lösen zu können, braucht die Welt keine Kriegsallianzen und keine US-Alleingänge, sondern solidarische Zusammenarbeit. **Deshalb treten wir ein:**

- Für ein ziviles und soziales Europa, gegen die Verpflichtung zur Aufrüstung in der EU-Verfassung;
- Für die Anerkennung und Bekämpfung der Ursachen von Terrorismus, wie Armut, Perspektivlosigkeit, Ausbeutung und Ungerechtigkeit;
- Für eine gerechte wirtschaftliche und soziale Entwicklung unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte.

Europäische Politik muss Friedenspolitik sein - Abrüstung statt Sozialabbau!

Deshalb werden wir am Dienstag, dem 22. und Mittwoch, dem 23. Februar 2005 an vielen Orten und mit vielfältigen Aktionen demonstrieren und uns am 23. Februar in Mainz versammeln.

Eine friedliche Welt ist möglich!